



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Paderborn



Kilianstraße 2
33098 Paderborn
Telefon 0 52 51 – 28 22 23

An den Vorsitzenden
des Rates der Stadt Paderborn
Herrn Bürgermeister
Stefan-Oliver Strate

- per Mail -

27.01.2026

Antrag: Selbsthilfebefähigung der Bevölkerung fördern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Strate,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 05.02.2026.

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anlaufstellen für Katastrophenfälle über geeignete Maßnahmen in der Bevölkerung bekannt zu machen.
2. Darüber hinaus sollen auch Notfalltelefonnummern bekannt gemacht werden, die z.B. im Fall eines Blackouts erreichbar wären.
3. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, die Bevölkerung unserer Stadt nachhaltig darüber zu informieren, wie sie Notfallvorsorgemaßnahmen ergreifen kann für länger andauernde Stromausfälle und Versorgungsschwierigkeiten bei Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Arzneimitteln und Medizinprodukten.
4. Zur Information und Schulung der Bevölkerung sind auch über Print- und Onlinemedien hinausgehende Maßnahmen zu ergreifen. Das können beispielsweise Aktionen bei Festen (Libori, Frühlingsfest...) unter Mitwirkung der Hilfsorganisationen sein, die über Notfallvorsorge informieren. Diese Aktionen könnten auch in Schulen oder Berufsschulen durchgeführt und durch Printerzeugnisse begleitet werden.

Begründung:

Bezugnehmend auf die geänderte Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland ist die Notfallversorgung der Zivilbevölkerung von elementarer Bedeutung. Die Ressourcen an Notversorgungsleistungen (z.B. Rettungsdienst, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, THW) sind in den ersten Stunden bis Tagen nach einem Schadensereignis sehr gering. Daher ist es wichtig,

die Bevölkerung dahingehend zu befähigen, die erste Zeit eigenständig zu bewältigen. Dies schont die Ressourcen der Notversorgung und hilft der Bevölkerung, ein Schadensereignis zu überstehen. Des Weiteren sind im Hinblick auf das Geschehen in Berlin Prävention und sinnvolle Sicherheitsmaßnahmen das A und O und ebenso wichtig wie ein Krisenplan für den Worst Case, um möglichst schnell zu reagieren und die richtigen Maßnahmen einzuleiten. Bei der Befähigung der Bevölkerung zur Selbsthilfe kommt den Gemeinden eine zentrale Aufgabe zu. Sie ist gemäß der Konzeption Zivile Verteidigung des Bundesministeriums des Inneren für die Befähigung der Bevölkerung zur Selbsthilfe zuständig. Dies betrifft die Bereiche Bewusstseinsbildung, Informationen, Empfehlungen, Anreize, und Verpflichtungen.

Diese Aufgaben müssen unabhängig von Krisensituationen erfüllt werden, um eben im Krisenfall vorbereitet zu sein. Daher halten wir es für wichtig, dass die Bevölkerung einerseits darüber informiert wird, wie sie sich selbst für einen Ausnahmezustand wie einen längeren Stromausfall vorbereiten kann und sollte, andererseits aber auch frühzeitig mögliche Anlaufstellen bekannt zu machen. Bei Eintreten eines Ernstfalles ist es für diese Informationen zu spät.

Die Neue Westfälische berichtete am 20.01.2026 ausführlich über die Anlaufstellen für Katastrophenfälle, die in den Gremien bisher nicht benannt wurden und auch nicht öffentlich kommuniziert wurden. Unserer Ansicht nach reichen Informationen über die Presse, Website und Facebook allein nicht aus, zumal diese Medien bei einem Stromausfall nur begrenzt erreichbar wären. Wir halten es daher für notwendig, über geeignete Mittel zur Information (Flyerausgabe an bestimmten Stellen, Informationsmöglichkeiten in der breiten Öffentlichkeit o.ä.) nachzudenken und diese einzuführen.

gez. M. Deppe